

SPD

DIE LINKE

**BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**

An die
Stadtpräsidentin der
Hansestadt Lübeck
Rathaus
23539 Lübeck

Lübeck, den 19.02.2010

Zu Punkt 12.2 der Tagesordnung
Drucksache Nr.

**Bürgerschaftssitzung am 25.02.2010
Antrag zu Top 12.2 – Haushaltssatzung 2010 mit Stellenplan 2010
-Haushaltsbegleitbeschluss-**

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,

die Fraktionen von SPD, Die LINKE und Bündnis90/Die Grünen beantragen,
die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die notwendigen Schritte zur Umsetzung der nachfolgenden
Maßnahmen einzuleiten bzw. der Bürgerschaft die notwendigen Beschlussvorlagen unverzüglich
vorzulegen:

(AUSZUG) – Mehrheitlich angenommen!

Haushaltsansätze für den Ausbau des Flughafens Lübeck

Die im Haushaltsplan 2010 veranschlagten Finanzmittel zur Umsetzung der ersten beiden Phasen des
Take-off-Konzeptes (2.73 Mio. Euro für Investitionen und 1,25 Mio. Euro zur Zahlung an die
Umweltverbände) werden im Haushaltsplan 2010 nicht veranschlagt.

Der Bürgermeister wird beauftragt, bis zur März-Sitzung 2010 der Lübecker Bürgerschaft die Gesamtkosten
aller Ausbaumaßnahmen gemäß Planfeststellungsbeschluss in einem Bericht detailliert aufgeschlüsselt
darzulegen.

Der Bürgermeister wird im Falle einer mehrheitlichen Zustimmung der Lübeckerinnen und Lübecker beim
Bürgerentscheid „Ja zum Lübecker Flughafen“ beauftragt, einen Nachtragshaushalt 2010 der Bürgerschaft
vorzulegen, in dem die von der Landesregierung Schleswig-Holstein als notwendig angesehenen Mittel im
Sinne einer nachhaltigen Investitionsbereitschaft für die Flughafenentwicklung als Gesamtvorhaben gemäß
vollständigem Planfeststellungsbeschluss enthalten ist. Der Nachtragshaushalt muss mit einem
Investitionsplan für die mittel- und langfristige Finanzplanung unterlegt sein. Der Wirtschaftsplan der
Flughafen Lübeck GmbH einschließlich fünfjähriger Businessplanung ist in aktualisierter Form beizufügen.

Die von der Landesregierung Schleswig-Holstein geforderten konzeptionellen Nachträge zum Take-off-
Konzept sind vorsorglich umgehend nachzuarbeiten, um die Förderfähigkeit der geplanten Vorhaben durch
das Land Schleswig-Holstein sicherzustellen:

- Beim Businessplan werden dem Best Case noch Medium Case und Worst Case gegenübergestellt.
- Eine Absichtserklärung des Hauptkunden Ryanair zur Errichtung einer Base auf dem Flughafen
Lübeck wird eingeholt.
- Es wird ausgeführt, wie im Verfahren vor dem OVG die Rechtskraft des
Planfeststellungsbeschlusses erreicht werden soll.